

Grüne Kälin zu Sexvorwürfen Hillary aus dem Aargau

Von Dominik Feusi, Bern

Dumm gelaufen ist das für die grüne Neo-Nationalrätin Irène Kälin aus dem Aargau. Ausgerechnet ihr Partner Werner de Schepper, Ex-Blick-Chefredaktor und heutiger Co-Chef der *Schweizer Illustrierten*, dem sie wesentlich ihre politische Karriere verdankt, ist mit dem Vorwurf konfrontiert, seine Stellung als Vorgesetzter für sexuelle Belästigungen ausgenutzt zu haben. Er soll, so berichtete der *Tages-Anzeiger*, mit Worten und Taten, von anzüglichen Sprüchen bis zu «ungewollten Küssen», übergriffig geworden sein. Bewiesen ist auch in diesem Fall noch nichts, aber die Hinweise von einem Dutzend Betroffenen sind stark – und weder Feministinnen noch *Blick*-Chefs halten in der Regel viel von der eigentlich auch hier geltenden Unschuldsvermutung.

Frau Kälin beantwortete gestern die konkreten Fragen der *BaZ* nicht. Was sie aber eigentlich über das Verhalten ihres Partners denken müsste – falls es den Tatsachen entspricht –, kann man auf ihrer Webseite lesen.

Da schrieb sie – die Sexismus-Debatte im Parlament war in vollem Gange –, dass «grapschende Chefs und schmierige Aussagen von Kollegen» als «kriminelle Handlungen gewertet und verfolgt werden müssen». Und weiter: «Ich wünsche uns den Mut, hinzustehen und sexuelle Gewalt vorbehaltlos zu melden und sexuelle Belästigung laut und deutlich zu benennen.» Sie werde «dem Sexismus den Kampf ansagen». Damals, Ende November, ging es noch um den CVP-Nationalrat Yannick Buttet – und es brauchte wenig Mut, um mit markigen Worten in den Kampf zu ziehen.

Me too, aber andersrum

Plötzlich hat Frau Kälin den Vorwurf des Sexismus näher, als ihr dies lieb sein dürfte. Ob sie tatsächlich noch der Meinung ist, die allfälligen Übergriffe ihres Partners müssten als «kriminelle Handlungen gewertet und verfolgt werden»? Und ob sie sich eine Anzeige gegen Werner de Schepper von einer der Frauen herbeisehnt – oder es gerade selber für sie erledigt? Und ob sie sich mit ihnen solidarisieren würde?

Die Fragen bleiben leider offen. Eine links-grüne Krähe hackt der anderen links-grünen Krähe kein Auge aus. Klar ist, dass Frau Kälin nie wieder glaubwürdig etwas zu sexueller Belästigung sagen kann – solange die Vorwürfe gegen ihren Partner nicht ausgeräumt oder sie sich von ihm distanzieren hat. Das ist eigentlich schade. Es geht ihr dann wie Hillary Clinton, die Donald Trump auch nicht mehr glaubwürdig wegen dessen Anzüglichkeiten diffamieren konnte, weil sie ihrem Sexisten zu Hause alles durchgehen liess.

Nachrichten

Stilllegung von AKW: Kosten steigen weiter an

Bern. Die Stilllegung der Atomkraftwerke und die Entsorgung radioaktiver Abfälle dürfte teurer werden als bisher angenommen. Die zuständige Kommission geht neu von insgesamt 23,5 Milliarden Franken aus, 13 Prozent mehr als vor fünf Jahren. Die voraussichtlichen Kosten werden alle fünf Jahre neu berechnet. Auf Basis der Kostenstudien werden die Beträge festgelegt, welche die AKW-Betreiber in die Fonds einzahlen müssen. SDA

Öffentlicher Verkehr wird ab 2018 günstiger

Bern. Das GA auf Monatsrechnung wird günstiger. Zudem gibt der öffentliche Verkehr die Senkung der Mehrwertsteuer an die Kunden weiter. Die Billettpreise sinken erst am 1. Juni 2018. In der Übergangszeit werden an Halbtax-Inhaber zusätzliche Spartageskarten ausgegeben. Ab Mitte Jahr werden die Billettpreise dann um 0,3 Prozent gesenkt. Die Kunden des öffentlichen Verkehrs sparen so insgesamt neun Millionen Franken. SDA

Ausgeschmust

Die «Küsschen-Diplomatie» der Bundespräsidentin ist gescheitert



Neue Töne, alte Sorgen. Bundespräsidentin Doris Leuthard gestern bei ihrem Statement vor den Medien. Foto Keystone

Von Dominik Feusi, Bern

Es ist eine persönliche Niederlage für Bundespräsidentin Doris Leuthard – und es war ihr anzusehen, als sie gestern für ein kurzes Statement vor die Medien trat. Ihre Küsschen-Diplomatie mit der EU, die sie dem Land vor vier Wochen beim Besuch von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker als Grosserfolg und Durchbruch verkauft hatte, ist hart auf dem Boden der Realität aufgeschlagen. Die Verhandlungsstrategie, der EU alles zu geben, was sie verlangt und dann auf Zugeständnisse zu hoffen, ist gescheitert.

Leuthard verlas in drei Minuten ein holpriges Statement, das den ganzen Abgrund der diplomatischen Niederlage der bisherigen Aussenpolitik des Bundesrates aufscheinen liess. Von «Diskriminierung» war da die Rede und davon, dass der Entscheid der EU «inakzeptabel» sei und die 1,3 Milliarden Franken Erweiterungsbeitrag nun «auf der Kippe» stünden. Die markigen Worte der Bundespräsidentin verdeckten allerdings nur unvollständig die derzeitige

aussenpolitische Schwäche der Schweiz. Kein Wunder, war Leuthard von Anfang an nicht bereit, Fragen der kurzfristig eingeladenen Medien zu beantworten. Sie rauschte ab, wie sie aufgetreten war, in schnellen Schritten kaum nach rechts oder links blickend.

Ihr Feldherrngehabe erinnerte ironischerweise an die arrogante Art und Weise, wie EU-Funktionäre mit dem gemeinen Volk und dessen Medienvertretern umzugehen pflegen. Was für ein Unterschied war das zum 23. November, als die Bundespräsidentin mit Jean-Claude Juncker strahlend vor die Medien trat und verkündete, es sei alles in bester Ordnung.

Erbe der Ära Burkhhalter

«Der bürgerlich dominierte Bundesrat gibt in der Europapolitik ein desolates Bild ab», schrieb gestern die SP. Sie hat recht. Was die Partei ausblendet, ist die Tatsache, dass im Aussendepartement alle wesentlichen Positionen von Sozialdemokraten besetzt sind. Der Grundlagenirrtum der Kuschel-Diplomatie stammt noch aus der Ära Burk-

halter, der von der SP dafür bejubelt wurde. Er war es auch, der jahrelang seinem Chefbeamten Henri Gétaz an der Spitze der Direktion für europäische Angelegenheiten vertraut hat, obwohl die europapolitische Sackgasse offensichtlich wurde. Und er hat Pascale Baeriswyl zur Staatssekretärin gemacht und mit dem EU-Dossier betraut. Doris Leuthard hat diese brave bis naive Verhandlungstaktik in ihrem Jahr als Bundespräsidentin nur auf die Spitze getrieben – und ist jetzt damit abgestürzt. Hätte sie gestern Fragen zugelassen, sie hätten sich zwangsläufig darum gedreht, was denn da schiefgelaufen ist und wieso.

Zum Beispiel diese: Wurde die Schweiz über die Befristung der Äquivalenz von der EU angelogen oder hat sich die Schweiz über den Tisch ziehen lassen? Fakt ist, dass in den Papieren zum Besuch von Jean-Claude Juncker von einer Befristung nicht die Rede war. Ob sich die Schweizer Diplomaten in den zahlreichen Vorbereitungstreffen abgesichert haben, dass die Anerkennung unbefristet ist, ist nicht be-

kannt. Hätten sie es unterlassen, wäre es ein schwerer handwerklicher Fehler. Tatsache ist, noch am Tag des Besuches selber wurde eine vorbereitete Medienmitteilung wieder eingesammelt – und die Zusagen der EU leicht abgeschwächt.

Es war falsch, den Erweiterungsbeitrag schon im Sommer als mögliches Zugeständnis der Schweiz in den Raum zu stellen und einzig und allein mit einem Besuch von Kommissionspräsident Juncker zu verknüpfen. Von da an konnte die Schweiz nichts mehr herausholen und auch nicht mehr ohne Gesichtverlust zurückrudern. Die Lehre daraus: Zusagen sind dann öffentlich zu machen, wenn der Deal wirklich unter Dach ist. Peinlich, dass dies erwähnt werden muss.

Natürlich könnte es auch sein, dass die EU ihre Haltung nach dem Treffen in Bern geändert hat, auch um gegenüber Grossbritannien Stärke zu markieren. Der Zusammenhalt der 27 verbleibenden Mitglieder gegenüber der EU ist nicht so gross wie behauptet. Die Kraftmeierei dient auch dazu, die internen Querelen zu übertünchen. Die Politik wird wesentlich von der Kommission gemacht – und die hinsichtlich des Brexit unter Zugzwang. Ein Signal gegenüber der Schweiz ist auch eines gegenüber London.

Mit den Briten absprechen

Für die Schweiz müsste Lehre daraus sein, sich besser mit den Briten abzusprechen, vielleicht sogar gemeinsame Strategien zu entwickeln. Im Moment konzentrieren sich die Kontakte bloss darauf, sicherzustellen, dass die Handelsbeziehungen der Schweiz zum Vereinigten Königreich den Brexit unbeschadet überstehen.

Aber sitzt denn die EU nicht sowieso am längeren Hebel? Mitnichten. Beim Zugang zur Börse müsste die Schweiz bloss auf die – sowieso fragwürdige – Stempelsteuer verzichten. Diese bestraft Anleger, wenn sie über eine Bank in der Schweiz Aktien kaufen. Nur um sie zu umgehen, brauchen sie den direkten Zugang zur Börse, den es nur mit Äquivalenz gibt. Hinzu kommt: Die Schweizer Wirtschaft ist enorm stark mit der Wirtschaft in den Nachbarländern verbunden. Keines kann ein Stottern der Wirtschaftsbeziehungen wollen.

Ob der Bundesrat in seiner neuen Zusammensetzung neben markigen Worten tatsächlich Stärke zeigt, wird sich erst noch weisen müssen. Weniger küssen, mehr verhandeln wäre schon mal ein guter Anfang.

Zu viele Anwärter für zu wenige Jobs

Der Konkurrenzkampf um niederschwellige Arbeitsstellen nimmt zu

Von Andrea Sommer, Bern

Die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt funktioniert allen Integrationsbemühungen von Bund und Kantonen zum Trotz nicht. Davon zeugen die neusten Zahlen, die das Bundesamt für Statistik (BFS) diese Woche publiziert hat. Ihnen zufolge lebten 2016 rund 25 500 anerkannte Flüchtlinge sowie 55 500 Asylsuchende vom Staat. Das entspricht einem Anteil von 85,8 respektive 88,4 Prozent. Oder anders ausgedrückt: In beiden Gruppen sind fast neun von zehn Personen auf Sozialhilfe angewiesen. Zwar trägt der Bund die Sozialhilfekosten – allerdings nur während maximal sieben Jahren. Danach geht die finanzielle Zuständigkeit an die Kantone und Gemeinden über, was sich nun ebenfalls in der Statistik niederschlägt: 2016 stieg die Sozialhilfequote im Flüchtlingsbereich in 20 Kantonen an.

Dass die wirtschaftliche Integration von Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen derart schleppend verläuft, ist laut dem BFS «teilweise auf unzureichende Sprachkenntnisse, eine nicht anerkannte Ausbildung, den Gesundheitszustand oder das fehlende Netzwerk zurückzuführen». Weit aus deutlichere Worte brauchte Felix Wolfers, Co-Präsident der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (Skos), gegenüber der «Tagesschau» von *SRF*: «Die

Personen, die auf der Asylschiene in die Schweiz kommen, sind mehrheitlich beruflich nicht qualifiziert.» Die Skos fordert daher ein stärkeres Engagement und mehr Mittel für die Arbeitsintegration von Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen.

Schlechte Karten für Behinderte

Nur: Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene sind bei Weitem nicht die einzigen, die in den Arbeitsmarkt integriert werden sollen. Laut Statistik des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) gibt es in der Schweiz seit 2010 im Durchschnitt über 20 000 Langzeitarbeitslose. Der Anteil der schlecht Qualifizierten bei den Erwerbslosen liegt laut der Skos schon heute bei hohen elf Prozent. Auch Behinderte

Das Angebot an niedrig qualifizierter Arbeit steht einer grossen Nachfrage gegenüber.

haben es schwer auf dem Arbeitsmarkt. «Vor allem für Menschen mit einer kognitiven Einschränkung ist es zunehmend schwierig, auf dem ersten Arbeitsmarkt eine Stelle zu finden», sagt Suzanne Auer, Generalsekretärin von Agile, der Dachorganisation der Schweizer Behindertenverbände. Ges-

tern fand unter der Federführung des Bundes die dritte «Nationale Konferenz für die Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Behinderung» statt. Es gebe immer weniger niederschwellige Arbeitsplätze, sagt Auer. Offenbar haben Behinderte im Konkurrenzkampf um diese Jobs die schlechteren Karten. «Arbeitgeber schrecken oft davor zurück, Menschen mit einer Behinderung einzustellen, weil sie den Aufwand fürchten oder glauben, solche Mitarbeitende seien nicht leistungsfähig und gehörten eher in eine Behindertenwerkstätte», sagt Auer. Obwohl es Arbeitgeber wie das St. Galler Hotel Dom gebe, die beweisen würden, dass dies nicht stimme.

Kurz: Schon heute steht das beschränkte Angebot an niedrig qualifizierter Arbeit einer grossen Nachfrage gegenüber.

«Wirtschaft stösst an Grenzen»

Die Wirtschaft müsse eben mehr Stellen schaffen, lautet der gängige Lösungsvorschlag. «Selbstverständlich leisten wir einen Beitrag», sagt Hans-Ulrich Bigler, Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbands (SGV). Allerdings stosse die Wirtschaft an ihre Grenzen, zumal nur erfolgreiche Unternehmen solche Arbeitsplätze anbieten könnten. Damit Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene überhaupt eine Chance auf dem hiesigen Arbeitsmarkt bekommen,

ist laut Bigler ein Ausbildungseffort nötig. «Wir müssen die Leute so weit qualifizieren, dass sie eine Attestlehre oder eine Lehre machen können.»

Ob es danach wirklich Jobs für sie gibt, ist allerdings fraglich. «In unserer hochtechnologisierten Welt steigen die Ansprüche an die Arbeitnehmer stetig», sagt Bigler. «Selbst Leute, die in der Schweiz aufgewachsen sind und die hier ihre Ausbildung absolviert haben, müssen aufpassen, dass sie Schritt halten können.» Eine Entwicklung, die auch das Seco in einem Bericht zur Langzeitarbeitslosigkeit feststellt. Der rasante technologische Umbruch der letzten Dekaden habe betreffend Ausbildung und Anwenderkenntnissen die Ausgangslage am Arbeitsmarkt insbesondere für ältere Arbeitslose erschwert. Während in der Schweiz eine Verlagerung von den gewerblich/industriellen Tätigkeiten hin zu Dienstleistungsberufen stattfindet, würden einfachere Tätigkeiten vermehrt ins Ausland verlagert.

Gelingt die Arbeitsmarktintegration der Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommenen nicht, dann wird es teuer – richtig teuer. Laut Berechnungen der Skos steigen die Sozialhilfekosten allein aufgrund der Entwicklung im Asylbereich um mehrere Prozent pro Jahr. Skos-Co-Präsident Wolfers warnt seit geraumer Zeit vor dieser «finanz- und sozialpolitischen Zeitbombe».